

Aufnahme der rechtswidrig nicht zugelassenen Änderungsanträge zum Kommunalwahlprogramm in die Tagesordnung dieser Stadtversammlung

Die Stadtversammlung möge beschließen:

Für den Fall, daß der Stadtvorstand angesichts der gegebenen Sach- und Rechtslage nicht von sich aus im Sinne dieses Antrags tätig wird, wird er beauftragt, die bei der Stadtversammlung vom 20. 07.2019 satzungswidrig wegen Fehlens von Unterstützern „nicht zugelassenen“ Änderungsanträge zum Kommunalwahlprogramm auf die Tagesordnung der hiermit angerufenen oder einer schnellstmöglich einzuberufenden weiteren Stadtversammlung zu setzen.

Begründung:

Drei Tage vor der Programm-Stadtversammlung tauchte erstmals in einer Aussendung des Kreisverbands München-Stadt die „Regelung“ auf, daß Änderungsanträge zum Wahlprogramm zwei Unterstützer*innen bräuchten.

Ob, wie behauptet, diese „Regelung“ von Anfang an im „Antragsgrün“ festgelegt gewesen war kann von mir nicht überprüft werden. Sehr dagegen spricht, daß das im Bereich Beschneidung des Antragsrechts in der Vergangenheit emsigste Mitglied des Leitungsteams Beppo Brem bei einem Treffen des AK WiFi am 11.7.2019 erklärt hat, daß für Änderungsanträge keine Unterstützer notwendig seien.

Das kann aber dahingestellt bleiben, weil § 15 Abs. 3 Parteiengesetz gebietet

(3) Das Antragsrecht ist so zu gestalten, daß eine demokratische Willensbildung gewährleistet bleibt, insbesondere auch Minderheiten ihre Vorschläge ausreichend zur Erörterung bringen können.

Eine Klärung aus wie vielen Personen im Sinne der Vorschrift eine Minderheit mindestens bestehen muß erübrigt sich, weil § 6 Abs. 8 der Satzung des Kreisverbands München-Stadt unzweideutig festlegt, daß alle Mitglieder ein Antragsrecht haben.

Die Nichtbehandlung war damit satzungswidrig. Auch die Änderungsanträge ohne Unterstützer lagen der Stadtversammlung vom 20. Juli 2019 vor. Eine Behandlung ist satzungswidrig unterblieben. Damit sind sie auf die Tagesordnung der nächsten Stadtversammlung am 13./14 September zu setzen ohne nochmals eingebracht werden zu müssen.

Ich muß aus folgenden Motiven auf der Behandlung dieser aus welchen Gründen auch immer ausgegrenzten Themen beharren:

Meine mutwillig ausgegrenzten Anträge gehen von dem Umstand aus, daß angesichts der heute schon zum Alltag gehörenden schrecklichen Klimakatastrophen einschließlich des Abschmelzens der Gletscher und Polkappen und durchaus auch der seit Beginn der Aufzeichnungen beiden heißesten Sommer in unserem Land kein einziges Zehntel Grad weiterer Erwärmung mehr so einfach hingenommen werden kann, wie das Klimaziel 2050 und auch das für 2035 suggerieren soll. Wir müssen sofort alles Menschenmögliche unternehmen, um weit vor 2035 die Klimaneutralität zu erreichen.

Die hoch kriminelle weltweite politische Einigung, sich mit der Herstellung der Klimaneutralität bis 2050 Zeit zu lassen, suggeriert die falsche Annahme, das von den Münchner Grünen gesetzte Klimaziel 2035 sei ausreichend. Gerade das zu den weltweit reichsten Städten gehörende München muß radikaler Vorreiter werden, lange bevor von den Armen und Ärmsten Einschnitte bei ihrem so schon elenden und das Klima nicht belastenden Lebenszuschnitt erwartet werden kann. Daß selbst sie schließlich Abstriche in ihrer Lebensführung zu spüren bekommen werden, muß uns um so mehr zu noch nicht da gewesenen Einschränkungen unseres verantwortungslos von Luxus bestimmten Lebens zwingen. Im Grunde besteht ja

die Pflicht, die Erdtemperatur zu senken, um die heute schon zur Tagesordnung gehörenden Klimakatastrophen abzuwenden, denen so gut wie täglich viele Menschen zum Opfer fallen.

Jeder versäumte Tag wird uns mehr an persönlichen Einschränkungen und Entbehrungen für die Abwendung der Unbewohnbarkeit der Erde abverlangen, die heute noch sehr gut zu meistern wären.

Im Gegensatz zu dem bisher beschlossenen – selbst mit der CSU Söders koalitionsfähigen – verzagten Programm werden meine Änderungsanträge dem gegebenen Notstand eher gerecht, ohne schon scheinbar Unmögliches zu verlangen.

Ich bitte, nicht dem Spieltrieb einiger Leute zu folgen, die längst nicht mehr daran zu glauben scheinen, die belebte Welt noch retten zu können und nur noch ihren Spaß haben wollen.

Dieser Antrag wird gestellt von

Alfred Mayer, OV Berg am Laim/Trudering/Messestadt-Riem